

Anne Giebel

Holocaust-Gedenktage in der OSZE-Region

Gedenkstättenrundbrief Nr. 169 (3/2013) S. 19-26

Als sich am 27. Januar 2013 die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau zum 68. Mal jährte, gedachten Menschen in ganz Europa und über Europa hinaus der sechs Millionen Opfer des Holocaust. In Gedenkstätten, Museen, Schulen und Synagogen, aber auch in Parlaments- und Regierungsgebäuden kamen Staats- und Regierungschefs, Diplomaten und Parlamentarier, Überlebende, Schüler und Vertreter der Zivilgesellschaft zu Gedenkveranstaltungen zusammen. Holocaust-Gedenktage, das zeigte sich auch an diesem 27. Januar, haben einen festen Platz im offiziellen Kalender vieler Länder, und nun auch in dem der Europäischen Union, eingenommen. Sie verdeutlichen, dass sich die Erinnerung an den Holocaust, die jahrzehntelang von jüdischen Gemeinden, Überlebenden und zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen wurde, in den vergangenen 15 Jahren in vielen Ländern auch zu einer Staatssache entwickelt hat.

Staats- und Regierungschefs kamen 2000 auf Einladung des schwedischen Ministerpräsidenten nach Stockholm, um am gleichnamigen internationalen Forum über den Holocaust teilzunehmen. Die daraus hervorgegangene Stockholmer Erklärung, zu deren Umsetzung sich die Mitglieder der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) nach wie vor verpflichten, hat das Gedenken an den Holocaust zu einem Feld multilateraler, zwischenstaatlicher Zusammenarbeit gemacht. 2005 setzte die UN-Vollversammlung ein weiteres Zeichen und erklärte den 27. Januar zum Internationalen Holocaust-Gedenktag. Seit Jahren trägt ein spezielles Outreach-Programm der UN, aber auch die Arbeit der UNESCO dazu bei, dass die Opfer des Holocaust auch außerhalb von Europa nicht vergessen werden. Auch die Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sehen in der Erinnerung an den Holocaust eine gemeinsame politische Verpflichtung.

Der politische Hintergrund

Mit nunmehr 57 Teilnehmerstaaten ist die aus dem KSZE-Prozess hervorgegangene OSZE die größte regionale Sicherheitsorganisation der Welt. Sie erstreckt sich von Kanada und den Vereinigten Staaten über Europa und den Kaukasus, bis hin nach Zentralasien – auch die Mongolei zählt seit Kurzem zur OSZE-Region. Gemein ist den 57 Teilnehmerstaaten ein umfassender Sicherheitsbegriff, demzufolge die Sicherheit eines Staates nicht nur von politisch-militärischen und von ökonomischen Faktoren bestimmt wird. Auch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte tragen für die OSZE zur Sicherung von Frieden und Stabilität bei – handelt es sich

hierbei doch gewissermaßen um die menschliche Dimension von Sicherheit. So haben sich die Staaten der OSZE auf einen ganzen Katalog politisch verbindlicher Verpflichtungen verständigt – und dazu zählt auch, die Erinnerung an den Holocaust zu fördern. Nach der Berliner Erklärung zum Antisemitismus war es der OSZE-Ministerrat in Sofia, der diese Verpflichtung im Jahr 2004 aufnahm.

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) hilft den OSZE-Teilnehmerstaaten dabei, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Von Warschau aus organisiert das Büro Wahlbeobachtungen in der ganzen OSZE-Region. Projekte und Publikationen des Büros setzen sich zudem mit den Themen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung, mit Toleranz- und Nicht-Diskriminierungsfragen und mit der Situation der Roma und Sinti auseinander. In regelmäßigen Abständen erinnern die vom BDIMR erstellten Berichte die Teilnehmerstaaten an ihre Verpflichtungen und zeigen, wie Regierungen ihre politischen Erklärungen in die Tat umsetzen (können). Dabei bewegt sich die Arbeit dieser OSZE-Institution im Spannungsfeld einer in vielerlei Hinsicht höchst diversen Region und dem Prinzipien- und Maßnahmenkatalog, genannt OSZE commitments, zu dem sich alle Staaten, die die Region ausmachen, verpflichtet haben.

Dieses Spannungsfeld zeigt sich auch im Bereich des Holocaust-Gedenkens, umfasst doch die OSZE-Region Staaten, die direkt in den Holocaust involviert und/oder vom Holocaust betroffen waren ebenso wie Staaten, in deren Geschichte sich nur wenige bis keine direkten Bezugspunkte zur Shoah finden lassen, wohl aber kollektive Erfahrungen mit Krieg und Gewalt, die sowohl länger als auch kürzer zurückliegen als der Holocaust. Vor dem Hintergrund dieser Vielfalt ist zu erwarten, dass die von den 57 Regierungen eingegangene OSZE-Verpflichtung, die Erinnerung an den Holocaust zu fördern, in den unterschiedlichen Teilnehmerstaaten mit jeweils eigener Akzentsetzung umgesetzt wird. Dieses breite Spektrum steckt ein vor Kurzem vom BDIMR im Internet veröffentlichter Bericht ab: Holocaust Memorial Days in the OSCE region: An overview of governmental practices tandis.odhr.pl/hmd.

Die Herangehensweise des Berichts

Der Bericht basiert auf der Prämisse, dass Holocaust-Gedenktage von großer Bedeutung sind, um die Erinnerung an die Opfer der Shoah nachhaltig wach zu halten, gegen Antisemitismus und Intoleranz vorzugehen, ein Zeichen gegen Holocaustleugnung zu setzen und für Demokratie und Menschenrechte einzutreten. In Staaten mit einer vielfältigen Gedenkstättenlandschaft und Erinnerungskultur sind Holocaust-Gedenktage eine Gelegenheit, besonders breite gesellschaftliche Kreise in die kontinuierliche Bildungs- und Gedenkarbeit einzubinden. In Staaten, in denen es kaum Gedenkstätten und Museen oder spezielle Forschungseinrichtungen und Bildungsprogramme

gibt bzw. in denen eine derartige Infrastruktur erst im Entstehen begriffen ist, können Holocaust-Gedenktage wiederum als Einstieg in und Katalysator für Gedenkinitiativen und Bildungsarbeit fungieren.

In jedem Fall sind Holocaust-Gedenktage ein Anlass für Regierungen, einmal mehr und auf höchster politischer Ebene offiziell zu signalisieren, dass das Gedenken an den Holocaust von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist – sei es, um sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen oder um über die grundsätzlichen Fragen zu reflektieren, die die Shoah ganz unabhängig vom jeweiligen nationalen Kontext aufwirft. Politisch betrachtet ist die Etablierung eines Holocaust-Gedenktages ein Weg, die im Rahmen der OSZE eingegangene Verpflichtung, die Erinnerung an den Holocaust zu fördern, effektiv in die Tat umzusetzen. Dies zu überprüfen, ist Ziel des auf einer Fragebogenumfrage basierenden Berichts, der im Dezember 2012 erschienen ist.

Im Jahr 2011 hat das BDIMR nun schon zum dritten Mal einen Fragebogen an die Staaten der OSZE geschickt, der in enger Kooperation mit Experten der IHRA entwickelt wurde – auch die IHRA betont ja die besondere Bedeutung von Holocaust-Gedenktagen, beispielsweise in ihrem Förderprogramm. Der Fragebogen besteht aus 32 Fragen, die zum Ziel haben, zu ermitteln, was die Regierungen der OSZE aus Anlass von Holocaust-Gedenktagen tun und wann diese Aktivitäten jeweils stattfinden. Im Rahmen der gängigen Praxis und aufgrund der Grenzen seines Mandats hat das BDIMR die eingegangenen Antworten nicht durch eigene Recherchen überprüft, was ohnehin bei 57 Teilnehmerstaaten kaum zu bewältigen wäre. Der Bericht legt demnach vor allem Zeugnis davon ab, wie Regierungen über ihre eigene Arbeit berichten.

44 Regierungen haben auf die Umfrage des OSZE-Büros reagiert. Armenien, Zypern, Kasachstan, Kirgisien, Malta, Moldawien, Montenegro, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan haben den Fragebogen demgegenüber noch nie beantwortet – die Mongolei war zum Zeitpunkt der Umfrage der OSZE noch nicht beigetreten. Dieses Ergebnis suggeriert unter anderem, dass es bislang noch nicht gelungen ist, Wege und Zugänge zu finden, um auch in den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten der OSZE – Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – an den Holocaust zu erinnern, auch und gerade da, in diesem Teil der OSZE-Region die historischen Bezüge zur Shoah nicht auf der Hand liegen.

Von dieser Lücke abgesehen, hängen Länge und Gehalt der Länderzusammenfassungen in dem Bericht in hohem Maße davon ab, wie präzise und detailliert die Regierungsvertreter auf den Fragebogen geantwortet haben – und zu welchem Zeitpunkt. Im Falle von zwei Staaten wurde aus Mangel an aktuellen Informationen auf die Antworten, die bei der letzten Befragung von den betroffenen Staaten eingegangen waren, zurückgegriffen. Einige OSZE-Teilnehmerstaaten, die

auch Mitglied der IHRA sind, erteilten der OSZE die Erlaubnis, auf Informationen zurückzugreifen, die sich auf der Website der IHRA befinden. In diesen Fällen wurde, da die Website der IHRA ausführliche Informationen zum Thema liefert, davon abgesehen, den Fragebogen zu beantworten.

Holocaust-Gedenktage in der OSZE-Region

Die eingegangenen Antworten zeigen, dass 37 OSZE-Teilnehmerstaaten einen Holocaust-Gedenktag etabliert haben. Hierbei handelt es sich um folgende Staaten: Albanien, Österreich, Aserbaidschan, Belgien, Bulgarien, Kanada, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Lichtenstein, Litauen, Luxemburg, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Monaco, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Serbien, die Slowakei, Spanien, Schweden, die Schweiz, die Ukraine, das Vereinigte Königreich und die USA.

19 Staaten der OSZE-Region erinnern an mehr als einem Tag im Jahr an den Holocaust. Die meisten haben sowohl den Internationalen Gedenktag am 27. Januar in ihrem offiziellen Kalender etabliert als auch einen Tag, der sich auf ein im Hinblick auf den Holocaust entscheidendes nationales bzw. lokales Ereignis bezieht. In Deutschland ist zum Beispiel, neben dem von Bundespräsident Roman Herzog 1996 initiierten Gedenktag am 27. Januar, auch der 9. November, der Jahrestag des November-Pogroms von 1938, ein Gedenktag, der im ganzen Land mit Veranstaltungen begangen wird.

Blickt man auf die Auswahl des jeweiligen Gedenktages, so lässt sich festhalten, dass 26 OSZE-Teilnehmerstaaten den 27. Januar als offiziellen Gedenktag etabliert haben: Albanien, Aserbaidschan, Belgien, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Lichtenstein, Luxemburg, Monaco, Norwegen, Polen, Portugal, San Marino, Serbien, Slowenien, Spanien, Schweden, die Schweiz, die Ukraine und das Vereinigte Königreich. Polen begeht den Jahrestag der Befreiung am authentischen Ort, in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau – mit einer vom Büro des Präsidenten, vom Büro des Premierministers, vom Außen- und vom Kulturministerium gemeinsam organisierten Veranstaltung, an der entweder der Präsident oder der Premierminister sowie zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland teilnehmen.

Der internationale Holocaust-Gedenktag wird in weiteren neun Staaten der OSZE-Region im Rahmen von Gedenkveranstaltungen begangen, ohne dass der Tag als offizieller Holocaust-Gedenktag deklariert worden ist. Hierzu zählen: Österreich, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Kanada, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, die Niederlande, die Türkei, die Russische Föderation und die USA.

Demgegenüber folgen Kanada und die USA dem israelischen Beispiel und haben den Yom HaShoah als Gedenktag ausgewählt. Somit finden in diesen beiden OSZE-Teilnehmerstaaten Gedenkfeiern am 27. Tag des hebräischen Kalendermonats Nissan, wenige Wochen nach dem jüdischen Pessachfest statt. Am Yom HaShoah wird auch des Jahrestages des sich 2013 zum 70. Mal jährenden Aufstands im Warschauer Ghetto gedacht. In Erinnerung an den Aufstand hat auch Polen den 19. April als Gedenktag etabliert. Auch in Belgien finden Gedenkveranstaltungen aus Anlass des Yom HaShoah statt.

Während der Yom HaShoah auch mit der Geschichte des jüdischen Widerstands verbunden ist, haben verschiedene andere OSZE-Teilnehmerstaaten einen Gedenktag etabliert, der in engem Zusammenhang mit ihrer spezifischen, nationalen Geschichte der Verfolgung und Deportation der Juden steht. In einigen Fällen werden hierbei auch Bezüge zur Beteiligung verschiedener europäischer Regierungen an der Verfolgung und Deportation der Juden während der deutschen Besatzung bzw. im Zweiten Weltkrieg hergestellt. Oftmals finden die entsprechenden Gedenkveranstaltungen auch an den authentischen Orten der Judenverfolgung statt.

Das zentrale Ereignis, auf das sich der französische Holocaustgedenktag bezieht, ist die Festsetzung französischer Juden im Pariser Vélodrome d'Hiver nach einer Massenverhaftung am 16. Juli 1942. Der Name des französischen Gedenktags, Journée nationale à la mémoire des victimes des crimes racistes et antisémites de l'État français et d'hommage au Justes de France, deutet sowohl die Verstrickung des Vichy-Regimes in den Holocaust als auch die Rettung zahlreicher Juden durch nichtjüdische Franzosen an. Ungarn markiert demgegenüber mit seinem Gedenktag den Beginn der Ghettoisierung und anschließenden Deportation der ungarischen Juden am 16. April 1944 – an diesem Tag wurde in Munkács das erste Ghetto auf ungarischem Boden errichtet. Auch Lettland hat mit dem 4. Juli einen Tag ausgewählt, der eine Zäsur in der Verfolgung der lettischen Juden darstellt – das Anzünden der Synagoge und das Verbrennen in der Synagoge eingesperrter jüdischer Opfer in der Gorgolastraße in Riga am 4. Juli 1941.

Ähnlich verhält es sich in Litauen, wo der Tag der Auflösung des Ghettos von Vilnius, der 23. September 1943, zum offiziellen Gedenktag erklärt worden ist. Am 11. März gedenkt die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien der Deportation von 7200 Juden aus Skopje, Bitola und Štip ins Vernichtungslager Treblinka am 10. und 11. März 1941. Hierfür besuchen Regierungsvertreter nicht nur die örtlichen jüdischen Friedhöfe, sondern auch eine alte Tabakfabrik, die im Zweiten Weltkrieg als Transitlager für Juden genutzt wurde. Auch Rumäniens Gedenktag bezieht sich auf die Deportationen, und zwar auf die erste Transporte aus Rumänien am 9. Oktober 1941. Die Slowakei erinnert demgegenüber am 9. September jeden Jahres an die Einführung antisemitischer Gesetze durch die slowakische Regierung am 9. September 1941, die Ukraine an das Massaker von Babyn Jar.

In Österreich und Bulgarien, zwei OSZE-Teilnehmerstaaten, die ebenfalls einen sich auf den lokalen Kontext beziehenden Gedenktag ausgewählt haben, bilden hingegen zwei vergleichsweise positive Ereignisse den Bezugspunkt. Österreich hat den 5. Mai, den Tag, an dem das Konzentrationslager Mauthausen befreit wurde, als nationalen Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus etabliert. Bulgarien hat demgegenüber den 10. März als Tag ausgewählt, an dem nicht nur des Holocaust, sondern auch der Rettung bulgarischer Juden gedacht wird, da am 10. März 1943 die Deportation bulgarischer Juden durch das beherzte Einschreiten von Abgeordneten und Geistlichen verhindert werden konnte. Auch Schweden gedachte im Jahr 2012 eines Retters, stand doch Raoul Wallenberg, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre, im Zentrum der Gedenkveranstaltungen.

Einige Staaten – zum Beispiel Österreich, Aserbaidschan, Belgien, Dänemark, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Lettland – berichten, dass der Opfer des Holocaust zudem am nationalen Tag der Befreiung bzw. am Jahrestag des Kriegsendes gedacht wird. In Luxemburg ist der 10. Oktober der Tag, an dem, zusätzlich zum 27. Januar, allen Opfern der deutschen Besatzung gedacht wird. In den Niederlanden wird am 4. Mai, dem Tag der Befreiung, einer besonders breiten Opfergruppe gedacht. An ihrem nationalen Gedenktag erinnern die Holländer zwar auch an die Opfer des Holocaust, jedoch zugleich an alle zivilen und nichtzivilen Opfern, die es in den Niederlanden und weltweit seit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gegeben hat. Das bezieht auch ausdrücklich die Opfer internationaler Friedensmissionen mit ein.

Gedenken an den Genozid an den Roma und Sinti

Zum ersten Mal befasst sich der OSZE-Bericht auch ganz gezielt mit dem Gedenken an den Genozid an den Roma und Sinti – diesem Thema wurde ein Teil des an die OSZE-Teilnehmerstaaten verschickten Fragebogens gewidmet. Sechs der 57 OSZE-Teilnehmerstaaten berichten über Gedenkveranstaltungen, die sich speziell auf diese Opfergruppe der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beziehen: Österreich, Ungarn, Polen, Serbien, die Slowakei und die Ukraine.

In Ungarn, Polen, der Slowakei und der Ukraine ist der 2. August als Gedenktag ausgewählt worden – jener Tag also, an dem sich die Liquidierung des sogenannten Zigeunerlagers in Auschwitz-Birkenau im Jahr 1944 jährt. Österreich gedenkt der Opfer des Genozids an den Roma und Sinti an einem Tag im November in einem ehemaligen Lager für verfolgte Roma und Sinti im Dorf Lackenbach im Burgenland und Serbien mit Gedenkveranstaltungen am 16. Dezember. Mehrere OSZE-Teilnehmerstaaten – Tschechien, Dänemark, Italien, Norwegen, Spanien,

Schweden, die Schweiz und die USA – berichten, dass die Roma und Sinti als Opfergruppe am offiziellen Holocaust-Gedenktag berücksichtigt werden.

Historische und politische Bezugspunkte

Stehen die sechs Millionen jüdischen Opfer des Holocaust und die Opfer des Genozids an den Roma und Sinti im Zentrum der oben beschriebenen Gedenktage, deuten die Namen der jeweiligen Gedenktage in einigen Fällen an, dass noch andere Anliegen und Opfergruppen mit diesem Tag verknüpft werden. Auch in dieser Hinsicht offenbart der Bericht ein recht breites Spektrum.

Sowohl Österreich als auch Deutschland gedenken am offiziellen Gedenktag aller Opfer des Nationalsozialismus, wobei Österreich den Tag explizit auch als Bekenntnis gegen Gewalt und Rassismus versteht. Ähnlich verhält es sich in Finnland, das neben den Opfern des Holocaust auch andere Opfer, die im Zweiten Weltkrieg verfolgt wurden, ehrt. In der Slowakei bezieht sich der Tag auf die Opfer des Holocaust und auf die Opfer von rassistischer Gewalt. Kanada hat den 17. Januar zum Raoul-Wallenberg-Tag erklärt – ein Tag, der, in Anbetracht von Rassismus und Hass zur Besinnung, aber auch zum Gedenken an Menschen mit Zivilcourage aufrufen soll.

Die Schweiz erinnert am 27. Januar an die Opfer des Holocaust, an die Opfer des Nationalsozialismus sowie an andere Opfer von Genoziden. Serbien hat neben dem 27. Januar auch den 22. April als Gedenktag etabliert und erinnert an diesem Tag an die Opfer des Holocaust, an Genozid-Opfer und an die Opfer des Faschismus. Auch Slowenien gedenkt neben den Opfern des Holocaust auch jener von Genoziden im Allgemeinen. Ganz explizit setzt sich darüber hinaus auch der sogenannte Auschwitz-Tag in Dänemark mit dem Thema Genozid auseinander.

In Bulgarien und Spanien ist der Gedenktag nicht nur der Erinnerung an die Opfer des Holocaust, sondern ebenfalls ganz allgemein den Opfern von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewidmet, wobei in Spanien noch zusätzlich der während des Nationalsozialismus in deutsche Konzentrationslager deportierten Spanier gedacht wird. In Kroatien, Luxemburg und der Tschechischen Republik reflektiert der Name des Gedenktags auch das politische Ziel, Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Zukunft zu verhindern – ebenso wie der 27. Januar in Portugal nicht nur als ein Tag begangen wird, an dem der Holocaust intensiv in Schulen thematisiert wird, sondern auch als ein Tag, der der Rückbesinnung auf Gerechtigkeit und Verständigung und letztlich der Vorbeugung von Völkermord dienen soll.

Was Regierungen tun können

Der Bericht bietet nicht nur eine Übersicht über die Breite an Auslegungsmöglichkeiten hinsichtlich von Holocaust-Gedenktagen in der OSZE-Region. Er zeigt auch, in welcher Form sich die Regierungen in die jeweiligen Gedenkfeiern einbringen – sei es, indem das Staatsoberhaupt und/oder der Regierungschef an einer staatlich organisierten Gedenkveranstaltung teilnimmt, die Schirmherrschaft für Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen übernimmt oder indem die Regierung ein öffentliches Statement abgibt, eine offizielle Website für den Gedenktag eingerichtet oder spezielle, dem Holocaustgedenken gewidmete Bildungsaktivitäten in den Schulen des jeweiligen Landes initiiert.

Während einige Staaten explizit erwähnen, dass sich die Gedenkveranstaltungen auf das ganze Land erstrecken und somit auch auf der lokalen Ebene stattfinden und von einem breiten zivilgesellschaftlichen wie staatlichen Kreis von Akteuren getragen werden, zeigen andere Länderzusammenfassungen, dass wohl von einer zentralen Gedenkfeier auszugehen ist, zu der sich Regierungsvertreter, Diplomaten und Parlamentarier mit Vertretern und Mitgliedern der örtlichen jüdischen Gemeinde zusammenfinden. In einigen Fällen entsteht sogar der Eindruck, dass die Gedenkfeiern nach wie vor überwiegend von jüdischen Gemeinden getragen werden.

Doch Regierungen können sich nicht nur einbringen, indem sie offizielle Feiern organisieren und an ihnen teilnehmen. Die in dem Bericht präsentierten Länderzusammenfassungen bieten auch eine Übersicht der Aktivitäten, die in den Schulen der einzelnen OSZE-Teilnehmerstaaten aus Anlass von Holocaust-Gedenktagen stattfinden und zeigen, was Erziehungsministerien tun können, um Lehrerinnen und Lehrer dazu zu ermutigen, den Gedenktag auch im Unterricht zum Anlass zu nehmen, auf den Holocaust einzugehen.

Insofern soll der Bericht, ganz im Sinne der Arbeit der OSZE, auch als eine Sammlung von good practices verstanden werden – kann doch die Lektüre Regierungsmitarbeiter dazu anregen, eine Gedenkinitiative und -praxis, die in einem anderen Land offensichtlich gut funktioniert, in den eigenen Kontext zu übernehmen, auch und gerade, wenn die eigenen Bemühungen erst am Anfang stehen bzw. wenn noch kein offizieller Gedenktag etabliert worden ist.

Schon 2006 hat das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte gemeinsam mit Yad Vashem eine Zusammenstellung nachahmenswerter pädagogischer Ideen veröffentlicht und in viele Sprachen übersetzt, die sich direkt auf die Vorbereitung von Holocaust-Gedenktagen in Schulen beziehen. Auch der vorliegende Bericht zeugt davon, mit welchen Ideen in unterschiedlichen Ländern ein Zeichen zur Erinnerung an die Opfer des Holocaust gesetzt wird. Jedes Jahr im Herbst pflanzen beispielsweise Kinder in Irland Krokusse, um an die 1,5 Millionen jüdischen Kinder zu erinnern, die im Holocaust ermordet wurden. Zum Zeitpunkt des

internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Januar, der in Irland offiziell begangen wird, blühen diese Krokusse und erinnern auf diese Weise an die jüngsten Opfer des Holocaust.

Anne Giebel ist als Adviser on Combating Anti-Semitism Mitarbeiterin im OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Warschau.